

# WOLFGANG SCHELER

## Welt ohne Krieg? Vom Gewaltfrieden zum gerechten Frieden

Ist eine Welt ohne Krieg möglich? Diese Frage hat der Zeitgeist verdrängt. Wie soll man auch angesichts der Kriege, die Schlag auf Schlag den erhofften Frieden brechen, auf die Idee kommen, es könnte jetzt oder in naher Zukunft möglich sein, den Krieg aus der Welt zu schaffen? An dieser großen Menschheitsaufgabe festzuhalten erscheint heute als kontrafaktisches Denken. Doch wer das gegenwärtige Kriegsgeschehen verstehen und eine zeitgemäß realistische Friedensstrategie verfolgen will, braucht nicht nur die Einsicht in die wenig trostreiche Wirklichkeit. Genauso wichtig ist eine tragende Idee, die Hoffnung gibt und davor bewahrt, in Resignation zu verfallen, eine Zielperspektive, die in den Niederungen der Tagespolitik die Richtung weist.

Eine Welt ohne Krieg zu errichten, und zwar in einem großen Wurf, diese Aufgabe hatten sich die sozialistische Arbeiterbewegung ebenso gestellt wie die pazifistische Bewegung. Jede dieser Bewegungen wollte dieses Ziel bloß auf verschiedene Weise erreichen. Die eine durch Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft,<sup>1</sup> die andere durch ihre Läuterung<sup>2</sup>. In einem lichten Moment, nachdem zwei Weltkriege die bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert hatten, setzte sich sogar diese bürgerliche Gesellschaft selbst das Ziel, »künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«.<sup>3</sup> Beides ist bisher gescheitert, der Ausbruchversuch aus dem Kapitalismus wie auch der Ansatz zu einer kriegsfreien kapitalistischen Gesellschaft. Es bleibt also die Frage offen, auf welche Weise es gelingen kann, den Krieg aus der Welt zu schaffen.

Seit aber der Gegenentwurf, der den Kapitalismus herausgefordert hatte, an seiner Fehlkonstruktion gescheitert ist, hat die Weltentwicklung die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen. Sie geht in Richtung auf neue Kriege, neue Waffen, neue Feindschaft und größere Unsicherheit des Friedens. Seither sind Kriege wieder zu politischen Hauptaktionen im Weltgeschehen geworden. Der Zeitgeist des Westens ordnet den Krieg wieder der Normalität des Weltgeschehens zu, unabänderlich<sup>4</sup>, jedenfalls soweit er etwas weiter entfernt von uns stattfindet. Freilich, die Mehrheit der Menschen ist gegen Kriege.<sup>5</sup> Aber noch erleiden die Bürger hier zu Lande den Krieg nicht, sie spüren ihn nicht am eigenen Leib. Krieg ist für sie ein fremdes Schicksal – vorerst. Die Sorgen unseres Alltags sind andere.

Wir leben im Frieden, selbst dann, wenn die von unseren Volksvertretern ausgesandten Soldaten Krieg führen. Haben wir nun Frieden oder befinden wir uns im Krieg? Hat sich unsere Regierung

Wolfgang Scheler -  
Jg. 1935, Prof. Dr. sc. phil.,  
in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. und in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. wissenschaftlich und publizistisch tätig; bis 1990 Offizier der NVA und Philosophieprofessor an der Militärakademie der DDR; Veröffentlichungen zu philosophischen Fragen von Krieg und Frieden; zuletzt in *UTOPIE kreativ: Kriegsideologie – Friedensideologie. Substanz und Gestaltwandel nach dem Kalten Krieg*, Heft 56 (Juni 1995).

1 Über die gesellschaftlichen Bedingungen des Friedens heißt es, »daß im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht,

deren internationales Prinzip der *Friede* sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die *Arbeit*! Karl Marx: Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 17, S. 7. Dementsprechend erklärte der Züricher Kongreß der Internationale 1893: »Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.« In: Erste Beilage zum Periodischen Bulletin des Internationalen Socialistischen Bureau, Nr. 9, Brüssel o. J. S. 4.

2 »Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe zivilisierter Nationen. Seine Beseitigung ist vom Standpunkt der Religion, der Sittlichkeit und der Volkswohlfahrt gleichmäßig geboten.« Programm der Deutschen Friedensgesellschaft, in: Sturm läutet das Gewissen. Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts, Berlin 1980, S. 216.

3 Charta der Vereinten Nationen. Präambel.

4 »Ohne den Krieg und die Opfer, die er verlangt, wird der Mensch laut Hegel verweichlicht und egozentrisch; die Gesellschaft versinkt in eigensüchtigen Hedonismus, und die Gemeinschaft wird letztlich zerfallen.« Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992, S. 434.

5 Siehe Dietmar Wittich: Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltmeinung, in: UTOPIE kreativ, H. 150 (April 2003), S. 308-318.

nicht dem lang andauernden Krieg angeschlossen, den die Vereinigten Staaten weltweit gegen den Terrorismus führen? Die Grenzen zwischen Krieg und Frieden sollen als fließend erscheinen. Es ist Absicht. Wir sollen nicht mehr klar unterscheiden können zwischen Frieden und Krieg. Laut Friedbert Pflüger, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, leben wir *in einer neuen Art von Weltkrieg*. Seit längerem schon vertreten ganz Rechte und auch einige Ultralinke die Meinung, der Vierte Weltkrieg sei bereits im Gange. Als den Dritten zählen sie den Kalten Krieg. Der aber war kein Krieg, sondern ein schlechter Frieden.<sup>6</sup>

Wir müssen deshalb zunächst die Frage stellen: Wie lässt sich in Bezug auf Krieg und Frieden der gegenwärtige Weltzustand begrifflich fassen? Bei aller Auffälligkeit, mit der Kriege sich heute auf mehreren Kontinenten bemerkbar machen, bleibt es eine Tatsache, dass die Welt sich überwiegend im Frieden befindet. Anders ist das nur in einem Weltkrieg. Der Kriegsrhetorik und Kriegspraxis der neokonservativen Phalanx steht eine Tatsache entgegen: Wir haben derzeit keinen Weltkrieg, sondern einen Weltfrieden. Und wehe uns, wenn ein neuer Weltkrieg über uns hereinbrechen sollte!

### *Der Welt-Gewaltfrieden*

Aber welcher Art ist der in der heutigen Welt vorherrschende Frieden? Im Wesentlichen, so möchte ich es auf den Begriff bringen, handelt es sich um einen Gewaltfrieden. Dieser Gewaltfrieden hat zwei Alternativen – den Krieg und einen anderen Frieden, den sicheren, weil gewaltlosen und gerechten Frieden.<sup>7</sup> Unter *Gewaltfrieden* verstehe ich einen Zustand der internationalen Beziehungen, in dem der Frieden im entscheidenden Maße mit militärischer Gewalt aufrecht erhalten wird. Militärische Gewalt aber ist die Fähigkeit zur Kriegführung. Den Gewaltfrieden kennzeichnet daher ein innerer Widerspruch, der darin besteht, dass dieser Frieden auf seinem Gegenteil, auf der Fähigkeit zum Krieg beruht. Das hat mehrere negative Folgen:

*Erstens – die Unsicherheit des Friedens.* Ein Frieden, der mit militärischer Abschreckung gesichert wird, also mit der Fähigkeit zur Kriegführung, geht mit dem Krieg schwanger. Da die Politik über die Mittel des Krieges verfügt, kann sie, wenn es ihr angemessen erscheint, von der Form des Friedens in die Form des Krieges wechseln.

*Zweitens – das Diktat des Starken.* Wenn der Frieden letztlich auf militärischer Macht beruht, diktieren die stärksten Militärmächte die Bedingungen des Friedens. Schon die Projektion und Wahrnehmung dessen, was sie im Krieg durchsetzen könnten, verleiht ihrer Politik erpresserische Kraft im Frieden.

*Drittens – die Spirale der Gewalt und des Wettrüstens.* Da es im Gewaltfrieden auf überlegene militärische Macht ankommt, findet ein ständiger Wettbewerb der Weltakteure um die Perfektionierung der Gewaltmittel und Militärapparate statt. Unaufhörlich wirkt ein Antrieb für quantitative und qualitative Aufrüstung, die den Frieden noch weiter verunsichert.

Auch in früheren Geschichtsperioden hat es schon bestimmte Formen des Gewaltfriedens gegeben, aber nur lokal oder regional. Ein

bekanntes historisches Beispiel ist die Pax romana. Für die Welt insgesamt ist der Gewaltfrieden erst in dem Maße bestimmend geworden, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung den allgemeinen Weltzusammenhang hergestellt hat, der in seiner heutigen Ausprägung Globalisierung genannt wird. Zweimal wurde der Welt-Gewaltfrieden des Kapitalismus für kurze Zeit von Weltkriegen unterbrochen. In der übrigen Zeit, das ist immerhin eine Zeitspanne von etwa zweihundert Jahren, war für das Weltganze der Gewaltfrieden vorherrschend, während lokal und temporär die verschiedensten Kriege geführt worden sind und auch verschiedene andere Formen von Frieden bestanden.<sup>8</sup>

Eine Zäsur folgte nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Gewaltfrieden veränderte sich qualitativ. Diese Zäsur lässt sich sogar auf ein Datum festlegen, auf den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Die Gewalt trat damit in eine neue, die nukleare Dimension und steigerte sich zur absoluten Gewalt. Mit dem Einsatz der Massenvernichtungswaffe setzten die Vereinigten Staaten das Zeichen für ihren Aufstieg zur vorherrschenden Weltmacht. Sie schlugen damit die Chance aus, Angriffskriege künftig nicht mehr zuzulassen und anstelle des Gewaltfriedens einen ganz anderen Frieden zu begründen. Frieden erstmalig auf gleichberechtigter Zusammenarbeit der Staaten und, wie Kant es ausdrückte, nach dem Gesetz des gemeinschaftlichen Willens<sup>9</sup> zu organisieren, diese Möglichkeit hatten die USA ja gerade selber erst eröffnet, als sie zwei Monate zuvor als Hauptinitiator der Vereinten Nationen auftraten. Unterwerfung unter den Willen einer mit absoluter Gewalt ausgestatteten Weltmacht oder Brechung des Atomwaffenmonopols war folglich die Alternative. Es entstand jener neuartige Gewaltfrieden, der vom atomaren Wettrüsten gekennzeichnet war und dem alle anderen technischen Errungenschaften, wie der Vorstoß in den Welt-raum dienstbar gemacht wurden. Schließlich gipfelte er in dem Irrwitz eines Systems garantierter gegenseitiger Zerstörung, das die gesamte Menschheit als atomare Geisel nahm.

Als der Ost-West-Konflikt sich unerwartet auflöste, fühlten wir alle – selbst wir Verlierer des Kalten Krieges – uns befreit aus der Gefangenschaft militärischer Konfrontation, erlöst aus einer trügerischen Sicherheit, die behaftet war mit tödlichem Risiko für alles menschliche Leben auf dem Planeten. Damals lebten sehr viele Deutsche im Bewusstsein großer Menschheitsfragen, bewegt von der Einsicht in die einmalige Entscheidung über Sein oder Nichtsein der menschlichen Gattung. Und wegen der neuartigen Entscheidungssituation hatten marxistische Friedensanhänger in Korrespondenz mit anderen Strömungen der Friedensbewegung ihr bisheriges Denken über Krieg und Frieden revidiert und, wie von Albert Einstein angemahnt, es dem neuen Wesen der Welt, der ein alles vernichtender Krieg drohte, angepasst.<sup>10</sup>

Krieg ist nicht mehr führbar, er ist nicht mehr Fortsetzung, sondern das Ende der Politik, lautete der Kernsatz. Und das gilt auch für den Verteidigungskrieg, denn in ihm ginge alles verloren, was er schützen und bewahren soll. Damit entfiel auch der gerechte Krieg als Motiv der Landesverteidigung. Auf den neuen Tatbestand, dass der Krieg mit den Waffen des Atomzeitalters der Politik nicht mehr

6 Es ist eine Vereinfachung, diese Periode als Kalten Krieg zu bezeichnen. In Wirklichkeit war sie gekennzeichnet vom Kampf zweier gegensätzlicher Tendenzen, von der des Kalten Krieges und der eines Friedens, der friedlichen Koexistenz.

7 Analog unterscheiden die katholischen deutschen Bischöfe zwischen dem »gewaltbewehrten Frieden« der gegenwärtigen Wirklichkeit und dem »messianischen Frieden«, der keine Gewalt mehr braucht. In den Prozess der Meinungs- und Willensbildung wollen sie »das Leitbild des gerechten Friedens einbringen. Es fasst zusammen, worin sich die biblische Botschaft vom Reich Gottes und die politische Vernunft treffen.« Die deutschen Bischöfe, Gerechter Friede, 27. September 2000, Bonn 2000, S. 31-35.

8 Lokal oder regional gab und gibt es auch Formen eines gutnachbarlichen Friedens oder eines Bündnisfriedens, bei dem die Interessenverflechtung, die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und rechtlichen Bindungen der beteiligten Staaten so eng sind, dass sie den Frieden zwischen ihnen tragen und es militärischer Macht zu seiner Sicherung nicht bedarf.

9 Die von der Menschheit gesammelten Kriegserfahrungen müssen ihr helfen, »aus dem gesetzlosen Zustände der Wilden hinauszuweichen und in einen Völkerbund zu treten; wo jeder, auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte, nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern von diesem großen Völker-

bunde (*Foedus Amphictyonomum*), von einer vereinigten Macht und von der Entscheidung nach Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte.« Immanuel Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Werke, Bd. IV, Berlin 1922, S. 159.

10 »Heute hat die Atombombe das Wesen der uns bekannten Welt verändert, und die menschliche Rasse findet sich daher völlig neuen Lebensbedingungen gegenüber, denen sie ihr Denken anpassen muß.« Albert Einstein: Über den Frieden, Bern 1975, S. 393.

als Mittel für ihre Zwecke zu dienen vermag, gründete sich die Erwartung, endlich sei die Bedingung entstanden, um den Krieg zu besiegen. Es öffnete sich ein Weg, trotz der Gegensätze zwischen Gesellschaftssystemen Sicherheit und Frieden nicht mehr auf militärische Macht, sondern auf Vertrauensbildung und Zusammenarbeit zu bauen, auf gemeinsame Sicherheit. Als möglich erschien das zuerst in der bis dahin sicherheitspolitisch kritischsten Hemisphäre, weltumspannend wenigstens auf der Nordhalbkugel von Vancouver bis Wladiwostok im Rahmen der KSZE.

Aber die Geschichte nahm eine andere Wendung. Der Ausweg aus der Sackgasse, in die das bipolare System konfrontativer Sicherheit geführt hatte, war gerade gefunden, als die Bipolarität sich auflöste und die übrig gebliebene kapitalistische Welt von nun an allein über Krieg oder Frieden bestimmen kann. Die zum zweiten Mal gegebene Chance, einen Frieden neuer Art gemäß den Prinzipien der UN-Charta aufzubauen, schlugen die maßgeblichen kapitalistischen Staaten erneut aus. Sie blieben beim Frieden nach dem Prinzip militärischer Macht, also beim Gewaltfrieden, und nutzten den Wegfall des militärisch ebenbürtigen Widerparts sogleich für neue Kriege.

Die Ideen und Verheißungen über Gewaltverzicht und die Absage an Krieg als Mittel der Politik, über Abrüstung und den Aufbau eines Systems der Sicherheit und des Friedens, das auf Zusammenarbeit und Interessenausgleich beruht, wurden rasch fallen gelassen. An ihre Stelle setzten das offizielle politische Denken und die Bewusstseinsindustrie, es sei selbstverständlich, normal und legitim, Streitkräfte als Instrument der Außenpolitik zu gebrauchen. Vor allem jene kapitalistischen Mächte, denen es das Gleichgewicht des Schreckens verwehrt hatte, ihre gewaltige Militärmacht im Krieg einzusetzen, jedenfalls im Zentrum des damaligen Hauptkonfliktes, fühlen sich jetzt wieder frei im Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik. Dort, wo ihre geopolitische Strategie auf nicht anders zu behobende Hindernisse oder Widerstände stößt, wählen sie den Krieg und zwar mit dem Ziel, Frieden zu ihren Bedingungen durchzusetzen. Die neue Weltordnung ist der politische Zweck, die Kriege sind das Instrument. Kriege finden jetzt, darin unterscheidet sich der heutige globale Gewaltfrieden von dem des Kalten Krieges, wieder im Zentrum des Konfliktes statt. Der neue Hauptkonflikt ist der zwischen den kapitalistischen Metropolen und der Peripherie, zwischen dem vorherrschenden »Norden« und dem der Vorherrschaft unterworfenen »Süden«.

Eine kleine Minderheit von Staaten, in denen sich die Kapitalmacht konzentriert, schwingt sich kraft ihrer ökonomischen und militärischen Macht zu Herren über die Weltmehrheit auf, beansprucht für sich deren Ressourcen an Naturschätzen und menschlicher Arbeit und beutet sie aus. Die Vereinigten Staaten, die sich als die einzige Weltmacht verstehen und so aufführen, gaben die Grundidee ihrer Weltordnungspolitik frühzeitig zu erkennen. »Foreign Affairs«, die offiziöse Zeitschrift der amerikanischen Außenpolitik, ließ schon Anfang 1991 verlauten: »Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit in solchen Zeiten sind Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen, ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie gegebenenfalls auch zu erzwingen.«<sup>11</sup> In diesem Satz

11 Foreign Affairs, zitiert in: Die Zeit (Hamburg), 8. Februar 1991, S. 7.

steckt das ganze Programm für die Geopolitik, die wir seither erleben.

Was ist das anderes als imperialistische Politik, und nicht wenige ihrer Verfechter fühlen sich so fest im Sattel, dass sie sich nicht scheuen, es als das zu bezeichnen, was es ist – *neuer Imperialismus*. Erstaunt schrieb hierzu die Wochenzeitung »Die Zeit«: »Dass der Imperialismus noch einmal in Mode kommen würde – und nicht als schamhaft verschleierte Tatsache, sondern als offen diskutiertes Programm –, das hätte man sich kaum träumen lassen.«<sup>12</sup> Der globale Gewaltfrieden unserer Tage ist also wieder ein imperialistischer Frieden, ganz ähnlich dem, den seinerzeit Rosa Luxemburg enthüllte und bekämpfte.<sup>13</sup> Und aus diesem neuen Imperialismus entspringen auch die meisten Kriege. Entweder handelt es sich bei ihnen um Kriege imperialistischer Akteure, oder sie werden hervorgerufen von der Zerstörung der alten und Errichtung einer neuen Weltordnung in der Konkurrenz um einen Platz in ihr.

### *Ist der Kapitalismus friedensfähig?*

Das provoziert natürlich erneut die Frage, inwiefern und inwieweit Krieg und militärische Gewalt dem Kapitalismus immanent sind, ob sie der kapitalistischen Form der Reproduktion konstitutiv zugehörig sind. Es sei deshalb noch einmal das umstrittene Wort von der Friedensfähigkeit des Kapitalismus aufgenommen. Seinerzeit hatte vor allem Dieter Klein damit Aufsehen erregt. Auch damals ging es um die Frage, ob das Ringen um einen sicheren Frieden bei Anwesenheit eines kriegsträchtigen Kapitalismus überhaupt realistische Chancen haben kann.

Seine Grundaussage dazu war, dass die ökonomischen Ursachen der Kriege in der Tendenz des Monopols zur Totalität seiner Herrschaft und im Wirken des Gesetzes des Monopolprofits liegen, weil dieses den Einsatz außerökonomischer Gewalt, also auch Waffengewalt zur Sicherung und Ausweitung monopolistischer Herrschaft einschließt.<sup>14</sup> Aber, so Klein weiter, das Primat der Politik in der Entscheidung über Krieg und Frieden, die objektiven Überlebensinteressen der Monopolbourgeoisie, auch wichtige ökonomische Interessen und die Möglichkeit, zwischen politischen Strategien zu wählen, machen den Kapitalismus grundsätzlich friedensfähig.<sup>15</sup> Notwendig dafür sei also, dass sich gegen die konfrontative, sozialreaktionäre Variante eine friedensfähige, reformoffene Variante des Kapitalismus durchsetzt.<sup>16</sup>

Diese Grundaussagen halte ich auch für den heutigen Kapitalismus, in dem das hochkonzentrierte Privateigentum uneingeschränkt regiert, prinzipiell gültig. Allerdings haben sich die Bedingungen für die Wahl einer friedensfähig-reformoffenen Variante der Kapitalherrschaft vorerst deutlich verschlechtert. Ins Gewicht fällt dabei natürlich, dass es keine auf Frieden hinwirkende staatlich organisierte Gegenmacht mehr gibt und dass die antikapitalistischen Kräfte in Gänze geschwächt sind. Aber auch manche Veränderungen in den Strukturen und Funktionen des Kapitals selbst müssen dazu befragt werden.<sup>17</sup>

Etwas für die Kriegsfrage höchst Wichtiges ist dabei hervorzuheben: Die Tendenz des Monopolkapitals zur Totalität und Ausdeh-

12 Jan Ross: Der neue Imperialismus, in: Die Zeit (Hamburg), 28. August 2003, S. 39.

13 »Heute ist der Imperialismus nicht nur eine Art der auswärtigen Politik, heute ist er die Religion der bürgerlichen Gesellschaft... Die oberste Aufgabe auch im Kampf gegen den Imperialismus ist die Steigerung der Aktionsfähigkeit der Massen.« Rosa Luxemburg: Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg. Nach einem Zeitungsbericht, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 451.

14 Dieter Klein: Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988, S. 11 f.

15 Ebenda, S. 13.

16 Ebenda, S. 21 ff.

17 Über die Machteliten des Kapitals und Akteure der neuen Kriege gibt Hans Jürgen Krysmanski Aufschluss in: Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil, in: UTOPIE kreativ, H. 152 (Juni 2003), S. 506-519.

nung seiner Herrschaft tritt in zwei Erscheinungsformen zutage. Eine Erscheinungsform ist der Konflikt zwischen den kapitalistischen Metropolen und der Peripherie. Die andere, damit notwendig einhergehende Erscheinungsform, ist die Konkurrenz der Mächte untereinander um ihre Teilhabe an den geopolitischen Bedingungen der Kapitalverwertung. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die USA mit ihrer überlegenen Militärmacht und der Ausdehnung ihrer globalen Präsenz vor allem darauf zielen, jene Mächte aus der Konkurrenz zu verdrängen, die bei der Ausbeutung der Weltressourcen objektiv in Rivalität zu ihnen stehen.

Der amerikanische Geostratege Zbigniew Brzezinski hat in seinem Buch, »Die einzige Weltmacht« klar ausgesprochen, dass Eurasien das Schachbrett ist, »auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.«<sup>18</sup> Deswegen die andauernde amerikanische Militärpräsenz im Protektorat Westeuropa, deswegen die Expansion der NATO bis an die West- und Südgrenzen Russlands, womit es stärker militärisch eingekreist ist denn je. Und auch China, das die USA als rivalisierende Supermacht der Zukunft fürchten, wird militärisch abgeriegelt von Zentralasien.

Der einzigen Weltmacht, die schon jetzt mit einzigartigen und nahezu weltumspannenden militärischen Fähigkeiten versehen ist, genügt es nicht, Kriege ohne unakzeptable eigene Verluste nur gegen Schwache führen zu können. Damit sie auch kriegstüchtig gegenüber militärisch starken Staaten wird, strebt sie nach eigener Unverwundbarkeit. Die strategische Überlegenheit soll gesteigert werden zu einer Unangreifbarkeit, die selbst schlagfähig bleibt.<sup>19</sup> Die USA nutzen ihren technologischen Vorsprung für die Schaffung einer neuartigen Streitmacht, die mit weltraumgestützter Technik Krieg aus der Distanz, unangreifbar für den Verteidiger, führen kann. Offen sprach es ein US-Senator aus: Wer den Weltraum kontrolliert, gewinnt den nächsten Krieg.

Es stellt sich daher die Frage, ob unter den neuen geostrategischen Bedingungen nur die heute stattfindenden Kriege geringer Intensität möglich sind und etwa große Kriege zwischen den Weltakteuren oder gar der alles vernichtende Krieg ausgeschlossen werden können. Wir dürfen nicht vergessen: Die Tatsachen des Atomzeitalters, die zum Umdenken zwingen, bestehen nicht nur weiter, sie fallen immer stärker ins Gewicht. Wir leben im Atomzeitalter und müssen in seinen Kategorien denken. Das Atomwaffenarsenal besteht noch immer in der Qualität des Overkill. Die USA und Russland besitzen immer noch die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung. Und die Funktionen der Lebensfähigkeit hochtechnologisch organisierter Gesellschaften werden immer empfindlicher gegen Zerstörungen.

Es gibt prinzipiell nur zwei Möglichkeiten. Setzt der Westen mit militärischer Gewalt und Überlegenheit seine Hegemonialpolitik fort, dann wird die Welt wie im Kalten Krieg weiter im Zustand der Konfrontation und Feindschaft, des Wettrüstens und der Abschreckung, der Kriege und des Gewaltfriedens leben. Die Spirale der Gewalt wird und kann nur enden entweder in der Katastrophe oder in der Einsicht zur Umkehr zu einem neuen System der internationalen Sicherheit. Was aber könnte unter den gegebenen Bedin-

18 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 1999, S. 57.

19 » Das oberste Ziel dieser Strategie ist es, möglichst die USA gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für amerikanische Interventionen offen zu halten. Damit produzieren sie ein klassisches Sicherheitsdilemma: Je totaler die Sicherheit für die USA, desto totaler die Unsicherheit für den Rest der Welt.« Detlef Junker: Power and Mission. Was Amerika antreibt, Freiburg i. Br. 2003, S. 161.

gungen eine Umkehr zu einem neuen System internationaler Friedenssicherung bewirken?

Am meisten, zu dem Schluss führt eine nüchterne Bewertung, kann bewirken, dass der gegenwärtig bevorzugten Gewaltstrategie der Erfolg versagt bleibt, dass sie scheitert. Und zwar erstens am Widerstand der Betroffenen, denn es wird kaum damit zu rechnen sein, dass die anderen großen und vielen kleinen Akteure des Weltgeschehens sich in die ihnen zugedachte Rolle der Ohnmacht und Botmäßigkeit fügen werden. Zweitens ist das Scheitern der Gewaltstrategie absehbar, weil sie mehr Probleme schafft als sie löst. Wie sich zeigt, verleiht allein militärische Hypermacht keine Unverwundbarkeit. Es bringt auch dem Stärksten keine Sicherheit vor Gewalt, wenn er an der falschen Front aufrüstet. Leicht kann militärische Stärke sich in zivilisatorische Schwäche verwandeln. Diese Erfahrung ist noch in frischer Erinnerung. Auch der Kalte Krieg ist nicht durch Waffen entschieden worden, sondern auf einem ganz anderen Kampffeld, auf dem der Wirtschaft, des Wohlstandes und der Menschenrechte.

Im Gegensatz dazu ergibt sich aus den Strukturen von Gewaltfrieden und Krieg zwangsweise, dass die Dynamik des technischen Fortschritts unaufhaltsam in neue Waffen und neue Systeme der Kampfführung umgesetzt wird und wiederholt zu Revolutionen im Militärwesen führt. Die derzeitige *Revolution in Military Affairs* hat die Welt aber nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht. Sie hat ihren Protagonisten die Mittel in die Hand gegeben, Vorherrschaft mit High-Tech-Kriegen gegen Staaten zu befestigen, die sich dagegen nicht wehren können. Das schafft unweigerlich einen Antrieb für eine neue Rüstungsdynamik und die Verführung ist groß, für die erlittene Demütigung mit Mitteln heimzuzahlen, die den High-Tech-Krieger auch auf dem hohen Ross ins Mark treffen. Davor schützt kein noch so starker Schild. Was den Terrorismus gegenwärtig vor allem anstachelt, ist der Militarismus der Vereinigten Staaten. Die Rückkehr zum enthemmten Gebrauch des Krieges als Mittel der Politik beeinträchtigt schon jetzt die Sicherheit derjenigen, die sich dieses Mittels bedienen.

Die mit der Gewaltspirale in Gang gesetzte Logik kann aber weit aus schlimmere Folgen haben und zu Kriegen führen, gegen die die jetzigen geradezu harmlos erscheinen werden. Die Selbstermächtigung zu Kriegen gegen erkorene Feinde, wie die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika sie proklamiert, kann schließlich auch andere Mächte zu einem analogen Verhalten ermutigen.

Außerdem ist die Funktion militärischer Gewalt für die Profit-sicherung in sich widersprüchlich. Sie wird für die Profitmaximierung gebraucht, findet aber daran auch ihre Grenze.<sup>20</sup> Die Kosten der riesigen Militärapparate und noch mehr die Kriegführung und die Folgen von Kriegen sind insgesamt gesehen eine Bremse für die Mehrwertproduktion. Der Irak-Krieg kostete allein die USA bisher etwa 100 Milliarden Dollar. Diese müssen fast vollständig zusätzlich zu den Militärausgaben von über 400 Milliarden Dollar aufgebracht werden, die die USA ihr Militär und ihre Aufrüstung in einem Jahr kosten. Die Kosten-Nutzen-Rechnung solcher Kriege kann auch für

20 Diesbezüglich gilt Ähnliches wie allgemein beim Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst* ...« Karl Marx: *Das Kapital*, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 260.

die stärksten Wirtschaftsmächte eine negative Bilanz ergeben und ihre Finanzkraft überfordern.

### *Globale gemeinsame Sicherheit*

Das alles spricht dafür, dass die Gewaltstrategie perspektivlos ist und in die Sackgasse führt. Es gibt nur einen Weg, der Dynamik der Destruktion, die nicht Sicherheit schafft, sondern die Unsicherheit verstärkt, zu entrinnen, den *Aufbau eines Systems gemeinsamer Sicherheit*.<sup>21</sup>

Egon Bahr, als profiliertes Vordenker der gemeinsamen Sicherheit, denkt dieses Konzept denn auch weiter für den heutigen Kapitalismus der Globalisierung. »Was allenfalls Erfolg verspricht, ist die wachsende Zusammenarbeit von Regierungen in einem globalen Netz der Sicherheit. Diese Zusammenarbeit muss möglichst alle Staaten einbeziehen, Demokratien und Diktaturen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Definitionen von Menschenrechten, ihrer unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Auf dieser Ebene der globalen Sicherheit sind alle Staaten gut, die sich den globalen Regeln fügen.«<sup>22</sup>

Globale gemeinsame Sicherheit kann nicht auf Wertkonvergenz gegründet werden. Die heutige Welt ist entgegen den Flausen der Globalisierungsprediger weiterhin geprägt von Nichtübereinstimmung in den Gesellschaftsstrukturen und von gegensätzlichen Wertauffassungen, die fest im Alltagsleben der Menschen verwurzelt sind, und sie wird es noch lange bleiben. Von dieser Wirklichkeit geht das Konzept der gemeinsamen Sicherheit aus. Von der Voraussetzung nämlich, dass die Partner sich in ihrer Lebensweise und ihrem Selbstverständnis, in ihren Interessen und ihrer Gesellschaftsverfassung wesentlich voneinander unterscheiden, aber dennoch *ein* Interesse gemeinsam haben, sicher vor Gewalt und Krieg zu sein. Sicherheit gemeinsam organisieren verlangt nicht, sich zu mögen oder gegeneinander gerichtete Ansichten und Absichten aufzugeben, es verlangt nur, sich gegenseitig in der gegebenen Verschiedenheit anzunehmen und dies mit dem Willen, die Divergenzen und Konflikte ohne Krieg und Gewalttätigkeit auszutragen, so wie sich die Staaten dazu in der Charta der Vereinten Nationen rechtsverbindlich verpflichtet haben.

Das wird heute vom Zeitgeist gern als realitätsfern abgetan und in das Reich der Träume von einer schönen Welt verwiesen. Auf dem europäischen Kontinent aber, auf dem sich früher die dominanten Staaten in Feindschaft gegenüberstanden und in den furchtbarsten Kriegen ihre Interessenkämpfe ausfochten, geben heute die Staaten der Europäischen Union ein Beispiel dafür, dass Kriege zwischen ihnen ebenso der Vergangenheit angehören wie der Gewaltfrieden. Sicherheit und Frieden *untereinander* organisieren diese Staaten ohne militärische Konfrontation und Bedrohung, und das sind kapitalistische Staaten.

Deshalb erfüllt Europa im Unterschied zu den Vereinigten Staaten viel bessere Voraussetzungen, nach den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit zu handeln. Es zählt dafür nicht nur die Tatsache, dass Europa die Lektion des Krieges und der Destruktivität militärischer Konfrontation lernen konnte und sich in dieser Hinsicht kulturell

21 »Nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet über Sicherheit und Stabilität in der Welt. ... Friede kann heute nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart werden. Daher muß gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle organisiert werden.« Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED/Grundwertekommission der SPD: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Neues Deutschland (Berlin), 28. August 1987.

22 Egon Bahr: Ein Protektorat wird selbständig, in: Die Zeit (Hamburg), 31. Mai 2000, S. 6.



von den USA unterscheidet. Eine weitere Voraussetzung besteht in der spezifischen Stellung, die die Europäische Union als Weltakteur im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten einnimmt. »Bei Spannungen schrumpft der Einfluss Europas, bei Konfrontation verringert sich sein Gewicht, bei Ausbruch offener Gewalt verschwindet es weitgehend. Krieg ist der Feind Europas. Amerika kann auf Kriegsgewinn setzen, Europa muss die Rolle des Militärischen verringern wollen.«<sup>23</sup>

Das ist ein nüchtern analytisches Urteil und sein Charme besteht im Aufhellen einer objektiv gegebenen Divergenz, deren Anerkennung es der Europäischen Union ermöglichen würde, sich von der kriegerischen Weltmacht Amerika abzusetzen. Deshalb, so Egon Bahr an anderer Stelle, erscheint es »als Königsweg, wenn Europa seine Schwäche zu seiner Stärke macht, indem es durch Verträge, durch kontrollierbare Bindungen, durch Zusammenarbeit, durch präventive Diplomatie eine Stabilität schafft, in der das Gewicht des Militärischen geringer wird.«<sup>24</sup> Das Gewicht des Militärischen im System der Sicherheit erhöhen oder verringern – darauf läuft letztlich der Gegensatz von konfrontativer und gemeinsamer Sicherheit hinaus, der Gegensatz also zwischen Gewaltfrieden und Frieden ohne militärische Bedrohung.

Beurteilt man das tatsächliche Verhalten der Europäischen Union, so kann man erste Anzeichen für die Einsicht erkennen, dass Krieg der Feind Europas ist. Da könnte auch ein Ansatzpunkt dafür liegen, Sicherheit wieder wie schon einmal als Sicherheit vor Krieg zu verstehen. Im Sicherheitsdenken muss Frieden wieder das Ziel und der oberste Wert sein.

Wenn aber jetzt die Europäische Union in der Sicherheitspolitik ihre Anstrengungen vor allem darauf konzentriert, mit dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe militärische Interventionsfähigkeit zu erlangen, weist das nicht in die Richtung, die Rolle des Militärischen verringern zu wollen. Es geht dabei nicht einmal in erster Linie um die Frage, ob die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sich auch gemeinsame Streitkräfte zum Ziel setzt. Vielmehr ist entscheidend, wozu die Europäische Union Streitkräfte benutzen will, welchen Auftrag sie erhalten und welches ihre militärischen Fähigkeiten sein sollen. Alles, was hierüber aus der bereits beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie und dem Entwurf einer Europäischen Verfassung zu erfahren ist, zielt auf das Erlangen von Fähigkeiten zu Militärinterventionen. Dementsprechend ist auch die in Gang befindliche Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr ausgerichtet.

Militärische Interventionsfähigkeit steht aber im Gegensatz zum Gewaltverzicht. Zum Konzept der gemeinsamen Sicherheit gehört als eines der Grundelemente die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit (semiotisch besser: Angriffsunfähigkeit). Damit soll und kann, um den Gewaltverzicht auch in den Militärstrukturen und militärischen Fähigkeiten zu materialisieren, die Angriffsfähigkeit abgeschafft werden. Die Streitkräfte sind dann strukturell und funktional nur noch zur Abwehr von Angriffen imstande. Derzeit werden aber genau umgekehrt die defensiven Fähigkeiten verringert und die Streitkräfte einseitig mit der Fähigkeit zu offensiven Handlungen ausge-

23 Egon Bahr: Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München 2003, S. 131.

24 Egon Bahr: Ein Protektorat wird selbständig, a. a. O.

stattet. Der notwendige Richtungswechsel zur gemeinsamen Sicherheit wird also auch von der Europäischen Union noch nicht vollzogen.

Es ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

*Erstens:* Frieden ist mehr als Nichtkrieg, diese bei Friedensanhängern oft gebrauchte Aussage hat ihre Berechtigung im Kampf für den positiven, den gewaltfreien, den ungefährdeten (ewigen) Frieden. Aber sie darf nicht den gravierenden Gegensatz zwischen Krieg und Frieden verwischen und im Vergleich zum Krieg jenen Frieden gering schätzen, der noch nicht mehr ist als ein negativer Frieden, aber dennoch lebenswichtig und deshalb von hohem Wert. Der Gewaltfrieden, den wir im globalen Maßstab haben, ist ein negativer, ein schlechter Frieden, aber er ist ungleich besser als jeder Krieg. Es muss deshalb alles politisch Mögliche getan werden, um diesen schlechten Frieden vor dem Absturz in den Krieg zu bewahren. Politisch notwendig und möglich sind dazu Koalitionen mit Kräften, die weit entfernt von der Friedensbewegung sind, Koalitionen auch mit Fraktionen der Herrschenden, die zwar den Gewaltfrieden wollen, nicht aber den gerade drohenden Krieg.

*Zweitens:* Auch nach dem Ende des bipolaren Kalten Krieges der Systeme ist ein grundlegender Wechsel zu einem ganz anderen Prinzip der internationalen Sicherheit die einzige Alternative zum bloß negativen Frieden, zu militärischer Konfrontation und weiteren Kriegen. Dieses andere Prinzip, das der gemeinsamen Sicherheit, ist die konstruktive Grundidee für eine zukunftsfähige globale Friedensordnung. Globale gemeinsame Sicherheit wäre ein Riesenschritt auf dem Weg vom Gewaltfrieden zu einem gewaltfreien und gerechten Frieden. Sie erscheint aus heutiger Sicht als die notwendige Durchgangsstufe zu diesem Ziel.

*Drittens:* Drei weltweite Bewegungen sind es, die heute als die aktiven Kräfte agieren, um der imperialistischen Kriegspolitik in den Arm zu fallen und ihr Grenzen zu setzen – die *Friedensbewegung*, die *Bewegung der Globalisierungskritiker* in Gestalt vor allem der Sozialforen und die *Menschenrechtsbewegung*. Aber selbst ihre gemeinsamen Anstrengungen werden allein nicht ausreichen, um Kriege zu verhindern und die Wende zu einem System gemeinsamer Sicherheit herbeizuführen. Verändernde Kraft aber können sie erlangen, wenn sie sich mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung verbinden, die immer noch direkt und wirkungsvoll in das Getriebe der Kapitalreproduktion eingreifen kann. Erst dann entsteht die Möglichkeit, die bestehenden Differenzen in der herrschenden Klasse über die Bevorzugung einer kriegerischen oder nichtkriegerischen Globalstrategie zu vertiefen, die kriegerische Kapitalfraktion zurückzudrängen und einer friedwilligeren Kapitalfraktion zum Durchbruch zu verhelfen.

Wenn dazu die Kräfte nicht ausreichen, dann reichen sie erst recht nicht aus, um den Kapitalismus zu überwinden und an seiner Stelle eine Gesellschaft zu errichten, die, weil sie eine gerechte ist, auch einen gerechten Frieden hervorbringt, einen Frieden ohne Gefährdung durch Krieg. Kriege jetzt verhindern und den Frieden sicherer und besser machen – das verträgt keine politische Enge. Es erfordert die größtmögliche politische Koalition, eine *Koalition der Vernunft und des Realismus für den Frieden* – der Name ist noch immer sinnvoll und zutreffend.